



Niederschrift

22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 15.02.2022
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:38 Uhr
Ort, Raum: Videokonferenz

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger SPD
Frau Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die Grünen
Frau Tina Lange DIE LINKE anwesend ab 17:55 Uhr
Herr Clemens Viehrig CDU
Herr Uwe Rühling DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Frau Sabine Becker Freie Demokratische Partei anwesend ab 17:50 Uhr, abwesend
ab 20:15 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Karsten Dornhöfer SPD

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher DIE aNDERE
Frau Tabea Gutschmidt CDU anwesend ab 18:30 Uhr
Herr Christian Porath Freie Demokraten
Herr Steve Schulz SPD
Herr Ronald Sima DIE LINKE
Herr Olaf Weber Bürgerbündnis

Gast

Frau Annegret Lauffer Fachbereich 23
Herr Robert Pfeiffer Fachbereich 23

Vertreter der Beiräte

Herr Khalil Ehmed Migrantenbeirat anwesend bis 19:15 Uhr
Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller SPD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis nicht entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Frauke Havekost Bündnis 90/Die Grünen nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2 entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Ashley Rose Fritsch nicht entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann Seniorenbeirat nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.12.2021

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Erweiterung Öffnungszeiten Bibliothek
Vorlage: 21/SVV/1363
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

- 3.2 Errichtung einer dauerhaften Zweigstelle der Musikschule in Krampnitz
Vorlage: 21/SVV/1364
Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

- 3.3 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen

Vorlage: 22/SVV/0058
Fraktion SPD

- 3.4 Abschlussbericht Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020
Vorlage: 21/SVV/1356
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Bericht IT an Schulen
 - 4.2 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
 - 4.3 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026
 - 4.4 Sachstand Remisenpark / Deponie
- 5 Sonstiges
 - 5.1 Anfrage von Herrn Sima zum Anwahlverhalten und Steuerung bei ersten Klassen in Potsdam

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Wollenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2021

Zu Beginn der Sitzung sind **7** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend. Herr Wollenberg stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 14.12.2021. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Einwendungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Die Tagesordnung wird von Herrn Wollenberg zur Abstimmung gestellt und einstimmig **angenommen**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Erweiterung Öffnungszeiten Bibliothek**

Vorlage: 21/SVV/1363

Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein.

Frau Mattekatz ergänzt, dass zur Umsetzung zunächst eine Änderung im Bundesarbeitszeitgesetz erforderlich sei, da nach derzeitigem Sachstand eine Öffnung der Bibliothek sonntags mit städtischem Personal nicht gestattet wäre. Noch sei nicht absehbar, wann das in den Koalitionsvertrag aufgenommene Ansinnen einer Sonntagsöffnung für kommunale Bibliotheken umgesetzt werden solle.

Um eine Sonntagsöffnung für Potsdam zu ermöglichen, seien bewährte Modelle aus Hamburg und Berlin für Potsdam in Erwägung zu ziehen und zu prüfen. Hier werde mit Unterstützung einer Agentur ein Veranstaltungsprogramm aufgelegt und mit externem Personal sonntags durchgeführt. Darüber hinaus komme Wachpersonal zum Einsatz. Eine Umsetzung von Bestandpersonal wäre nicht aus dem laufenden Budget möglich, dies könne nur mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen für die Bibliothek erfolgen.

Frau Schkölziger bittet darum, die Prüfung nicht nur auf die Bibliotheksräume zu beziehen, sondern das gesamte Gebäude einzubeziehen. Eine Änderung im Antrag dazu sei nicht notwendig, ihr genüge die Aufnahme in das Protokoll. Frau Mattekatz ergänzt, dass die Grundsituation der Volkshochschule und Wissenschaftsetage eine andere sei und dies, auch wenn alle in einem Gebäude untergebracht seien, nicht gemeinschaftlich geprüft werden könne.

Frau Mattekatz verneint die Frage von Herrn Dörschel, ob bereits die Prüfung mit Kosten verbunden sei.

Herr Wollenberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen rechtlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen es möglich ist, dass die städtische Bibliothek auch sonntags geöffnet haben kann.

Die Sonntagsöffnung kann zunächst als Pilotprojekt für zwei Jahre angelegt sein. Danach soll ausgewertet werden, ob das Projekt fortgeführt und gegebenenfalls auf die Stadtteilbibliotheken ausgeweitet werden kann.

Die Stadtverordneten sind im 4. Quartal 2022 über den Stand der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 3.2 Errichtung einer dauerhaften Zweigstelle der Musikschule in Krampnitz

Vorlage: 21/SVV/1364

Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen

Herr Wollenberg bringt den Antrag ein.

Frau Lupuleak ergänzt, dass sie den Antrag begrüße, im unterversorgten Potsdamer Norden eine dauerhafte Zweigstelle zu errichten. Die Kosten für die Zweigstelle (Personal, etc.) müssten in den Haushalt eingebracht werden.

Frau Schkölziger begrüßt den Antrag, die Bedarfe seien vorhanden. Im Namen ihrer Fraktion bittet sie darum, folgende Ergänzung im Antrag vorzunehmen: „...Angliederung der Zweigstelle **vorzugsweise** an einer allgemeinbildenden Schule...“, da es ansonsten zu eng gefasst sei.

Herr Viehrig fragt wie hoch die finanziellen Mittel zu veranschlagen seien. Frau Lupuleak antwortet, dass die Folgekosten p.a. insgesamt bei ca. 1 Mio. Euro liegen würden: Miete an den Kommunalen Immobilienservice ca. 33.000 Euro, Betriebskosten an den Kommunalen Immobilienservice ca. 31.000 Euro, Personalkosten (Zweigstellenleitung, Lehrkräfte, Verwaltung) ca. 907.600 Euro.

Herr Schulz fragt, ob eine Doppelnutzung der Räume zwischen Musikschule und Schule möglich sei. Frau Lupuleak antwortet, dass diese Doppelnutzung an einigen Schulen alltäglich sei, aber nicht favorisiert werde. Zum einen befänden sich in den Unterrichtsräumen der Musikschule wertvolle Instrumente. Zum anderen könne man nicht immer von Schule am Vormittag und Musikschule am Nachmittag ausgehen, beides fände auch gleichzeitig statt. Entweder könne die Musikschule die Räume vollumfänglich nutzen oder man sei nur zu Gast.

Frau Bartelt betont, dass man sich mit ihrer Fraktion dem Antrag an die konzeptionelle Weiterentwicklung von vor 1 ½ Jahren anschließe und man diesen stärken wolle.

Herr Rühling regt an, dass man bei der Planung auch soziokulturelle Räume (z.B. Bandräume etc.) mitdenken solle.

Herr Wollenberg schließt ab, dass sich der Antrag und die Planung auf den Haushalt 2023 beziehe.

Herr Wollenberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis ca. 2030 eine dauerhafte Zweigstelle der städtischen Musikschule „Johann Sebastian Bach“ in Krampnitz nach

folgenden Vorgaben einzuplanen und einzurichten:

- Angliederung der Zweigstelle **vorzugsweise** an eine allgemeinbildende Schule, z. B. die dort geplante weiterführende Schule, mit eigenständigem Zugang zur Musikschule und direkter Verbindung zur Schule
- mindestens 15 Unterrichtsräume für die Musikschule (ohne Doppelnutzung)
- Einstellung von min. 12 neuen Lehrkräften für den neuen Musikschulzweig
- Schaffung 2 weiterer Verwaltungsstellen am Hauptstandort für den neuen Musikschulzweig.

Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Planung und zum Betrieb sind langfristig in die

Haushaltsaufstellungen einzubeziehen.

Die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen sind bei der Aufstellung des betreffenden Bebauungsplanes zu berücksichtigen.

Die genaue Umsetzung ist eng mit der Musikschule und deren Wünschen abzustimmen.

Die Eröffnung der dauerhaften Zweigstelle soll nach Möglichkeit mit der Eröffnung der Schule,

spätestens jedoch mit dem erfolgten Aufwuchs von Kramnitz 5.000 ca. 2030 erfolgen.

Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist jährlich über den Fortschritt der Planung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

zu 3.3 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen

Vorlage: 22/SVV/0058

Fraktion SPD

Frau Schkölziger bringt den Antrag ein.

Frau Becker bringt einen Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokratische Partei ein und begründet diesen.

In der anschließend geführten Diskussion ist man sich einig, dass man im Sinne der Schüler*innen eine Lösung finden möchte, die eine zeitnahe technische Ausstattung sicherstelle und zu keiner Stigmatisierung führe. Eine Elternfinanzierung sei laut Herrn Porath daher immer kritisch zu betrachten. In der Praxis scheine es ihm aber so, dass die Bedarfe der Schulen nicht durch die Stadtverwaltung gedeckt werden können. Frau Bartelt erinnert an die Ausstattung im Zuge der Digital Pakete der letzten Jahre. Trotzdem seien noch große Lücken zu verzeichnen. Der Antrag müsse als Basis dienen, um eine strukturierte Planung voran zu treiben. Auch Frau Schkölziger betont nochmal, dass man seitens ihrer Fraktion die Verwaltung befähigen wolle, die Ausstattung der Schulen durch die „öffentliche Hand“ zu stärken. Herr Sima wiederum plädiert für die Nutzung finanzieller Mittel von Fördervereinen, wie es auch im Modelprojekt

der Gymnasien (Vergleich Ausschusssitzung 16.11.2021 „Konzeptvorstellung zum Thema „Wie statten wir Gymnasiasten mit digitalen Endgeräten aus““) vorgeschlagen werde. Das Warten auf die technische Versorgung durch die Stadtverwaltung dauere zu lange. Frau Schkölziger ergänzt zum Antrag, dass im Zuge der Erarbeitung des kommunalen Medienentwicklungsplanes durch die Landeshauptstadt Potsdam der Bedarf an Geräten an Schulen bereits abgefragt wurde. Grundvoraussetzung laut Antrag solle sein, dass die Beschaffung komplett über die Verwaltung laufe und Eltern kein Geld zahlen müssten (Ausnahmen möglich). Auch Herr Wollenberg erinnert daran, dass der kommunale Medienentwicklungsplan eine Ausstattung der Schüler*innen durch die Verwaltung für 2023/2024 vorsehe. Fördervereine seien keine Dauerlösung.

Herr Morgenstern-Jehia berichtet, dass die Bearbeitung des kommunalen Medienentwicklungsplanes momentan gemeinsam zwischen seinem Fachbereich und dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport aktiv in Bearbeitung sei, um die Weichen zu stellen. Er erinnert aber nochmal daran, dass das WLAN an den Schulen mit entsprechender Bandbreite eine zwingend notwendige Voraussetzung sei.

Frau Lauffer ergänzt, dass der kommunale Medienentwicklungsplan eine belastbare und verbindliche Kommunikation zwischen den Schulen und dem IT-Support sowie zur Hardware Ausstattung, Verkabelung, Wartung und Netztechnik enthalten solle und in 2022 erstellt und auf den Weg gebracht werde. Auch sie betont noch, dass die Umsetzung auf der Verkabelung der Schulen basiere und die Nutzung nur im Rahmen der umgesetzten äußeren Faktoren möglich sei.

Es wird vereinbart, dass der Antrag überarbeitet werde.

Der Antrag wird **zurückgestellt** bis die Fraktion diesen wieder aufruft.

zu 3.4 Abschlussbericht Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020

Vorlage: 21/SVV/1356

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Buhr bringt die Mitteilungsvorlage und den Bericht anhand einer Präsentation ein (**Anlage 1**).

In der anschließenden Diskussion fragt Frau Becker, nach welchen Kriterien und bei welchen sozialen Schichten die Befragungen durchgeführt wurden. Frau Buhr antwortet, dass die Befragung als Onlinefragebogen im Mai 2021 über Netzwerke und nicht über die Schulen gestreut wurde. Es wurden demnach nur die Kinder und Jugendlichen befragt, die damit erreicht werden konnten und nicht alle Bereiche und Schulformen waren abgedeckt.

Herr Rühling fragt zu 2.1.5 „Öffentliche Nutzung schulischer Ressourcen und KiTas“ zum „Handlungsziel 2: Die Feriennutzung der Schulturnhallen wird erweitert.“, was die Stadtverordneten tun können, um die Empfehlung „...Anpassung der Sportfördersatzung zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen...“ zu unterstützen. Herr Gessner antwortet, dass hierzu bereits oft

Diskussionen geführt worden wären. Eine Änderung wäre seitens der Verwaltung nicht zu empfehlen, da die Sportanlagen in Potsdam sehr begrenzt seien. Eine Öffnung für Träger der Jugendhilfe würde weitere Forderungen von anderen Einrichtungen nach sich ziehen und die Ressource Sportanlage für die Sportvereine weiter verringern. Der Stadtsportbund stehe jederzeit für Anfragen zu temporären Aktionen der Kinder- und Jugendclubs zur Verfügung. Dies werde bereits erfolgreich praktiziert.

Herr Rühling erläutert zu 2.1.5 „Öffentliche Nutzung schulischer Ressourcen und KiTas“ zum „Handlungsziel 3: Potsdam öffnet Schulsportplätze für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen.“, dass es seines Erachtens nach in allen Potsdamer Sozialräumen mindestens einen geöffneten Schulsportplatz geben solle und fragt wie da der aktuelle Stand sei. Frau Buhr antwortet, dass es dazu eine Arbeitsgemeinschaft gebe, die sich die Potenziale in den Sozialräumen anschau.

Herr Rühling fragt zu 2.1.5 „Öffentliche Nutzung schulischer Ressourcen und KiTas“ zum „Handlungsziel 4: Bei zukünftigen Schulbauten für weiterführende Schulen wird geprüft, ob Räume für Kinder- und Jugendfreizeitgestaltung integriert werden können.“, welche Ideen es gebe und ob Anfragen von Trägern bekannt seien. Frau Buhr antwortet, dass Freizeit von Schule losgelöst sein sollte und den Nachmittag in der Schule zu verbringen sei schwierig. Auf der anderen Seite, wäre es gut, wenn es eine sozialräumliche Schule wäre, die darauf ausgerichtet sei. In diesem Fall sollten die Angebote für Kinder und Jugendliche niedrigschwellig und kostengünstig für unter 18jährige sein.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bericht IT an Schulen

Herr Morgenstern-Jehia vom Fachbereich E-Government berichtet anhand einer Präsentation zur IT an Schulen (**Anlage 2**).

Anschließend erläutert Herr Wollenberg, dass ihn Schulen informierten, man habe Probleme mit iPad-Updates und fragt, ob dies Herrn Morgenstern-Jehia bekannt sei. Er antwortet, dass er dazu nicht im Bilde sei. Er ergänzt, dass man in seinem Fachbereich nicht genug Ressourcen habe, um die Masse an iPads vor der Auslieferung an die Schulen vorzubereiten. Somit starten die Schulen die Geräte das erste Mal selbst. Es sei bekannt, dass der Prozess der Inbetriebnahme, zunächst ohne Apps etc., schwierig sein kann. Dies passiere bei der ersten Verbindung ins Internet, die Geräte seien dann nicht auf dem aktuellsten Stand.

Frau Schkölziger begrüßt, dass der IT-Support der Verwaltung an einen externen Anbieter vergeben wurde. Sie fragt was die häufigsten gemeldeten Probleme seien. Herr Morgenstern-Jehia sagt zu, dass diese Informationen für das Protokoll nachgereicht werden. Entsprechender Nachtrag:

Bei den am häufigsten gemeldeten Problemen/Anliegen handelt es sich um:

- Probleme/Anliegen rund um Accounts
 - o Passwort ändern/zurücksetzen
 - o neue Benutzer anlegen

- Software muss installiert werden
 - o auf PC, Laptop, Tablet

Herr Dörnbrack berichtet bezüglich der Aussage von Herrn Morgenstern-Jehia die Rückmeldungen der Schulen zu der Bedarfsabfrage zum DigitalPakt Schule 2019-2024 seien nur sehr schleppend gekommen, dass eine große Unzufriedenheit bei den Schulleitern herrsche, da man bei E-Mails an IT zu Problemen vor der Abfrage nur unzulängliche bis keine Antworten bekommen hätte. Die Schulleiter melden zurück, dass doch bereits alles vorgelegen habe und eine erneute Abfrage nicht notwendig gewesen wäre.

Herr Porath fragt, was die Rahmenbedingungen beim ausgelagerten Support seien. Man habe laut Herrn Morgenstern-Jehia ein Service-Level-Agreement, in dem die Zeiträume, wie schnell Probleme gelöst werden müssen, vereinbart sind. Die Reaktionsstufen seien nach der Dringlichkeit vereinbart. Dies sei auch für die Landeshauptstadt Potsdam ein Novum und in der Erprobung.

Der Bereich IT habe laut Frau Becker ein Strategiepapier für Schulen angekündigt. Sie fragt wie der aktuelle Stand sei. Herr Morgenstern-Jehia berichtet, dass die Federführung bei dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport liege und man aktuell gemeinsam in der Erarbeitung sei. Herr Wollenberg ergänzt, dass es sich hier um den kommunalen Medienentwicklungsplan handle.

zu 4.2 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen

Herr Richter berichtet anhand einer Präsentation (**Anlage 3**).

zu 4.3 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026

Frau Lauffer berichtet den aktuellen Stand anhand einer Präsentation (**Anlage 4**).

In der anschließenden Diskussion fragt Herr Rühling, ob für die Planung des Gymnasiums Bornstedt auch die Stadtteilarbeit, welche dort ansässig sein wird, eingebunden wurde. Herr Richter antwortet, dass sie bei den Abstimmungen zur Raumanforderung eingebunden und bei der derzeitigen Wettbewerbsauslosung Bestandteil seien. Es werde sich dann zeigen, wie die Bedingungen seien.

Herr Wollenberg erläutert, dass für die Gesamtschule am Schloss (28) ein Letter of Intent (Absichtserklärung) angekündigt wurde, in dem das Verfahren und die vereinbarten Punkte aufgenommen werden sollten. Er fragt zum aktuellen Stand. Frau Lauffer antwortet, dass dies originäre Aufgabe des Oberbürgermeisters bzw. dessen Büros sei. Vor 10 Tagen wurde dies mit Frau Aabel besprochen. Es wird vereinbart in der März- oder Aprilsitzung dazu einen aktuellen Stand zu berichten.

Er fragt weiterhin, in welchem Zeitrahmen die Sporthalle südlich der Biosphäre für die Gesamtschule am Schloss (28) geplant sei. Herr Richter antwortet, dass es keinen genauen Zeitplan gebe, man aber in intensiver Abstimmung dazu sei. Die Prüfung werde in 1-2 Wochen abgeschlossen sein. Danach werde sofort die Planung und Ausschreibung gestartet. Voraussichtlich werde dies erst im nächsten Jahr (2023) der Fall sein.

Frau Lauffer berichtet, dass am Oberstufenzentrum III „Johanna Just“ der Verlust der Fördermittel des DigitalPaktes drohe, wenn es zu zeitlichen Verzögerungen bei der strukturierten Verkabelung aufgrund der Brandschutzsanierung komme. Herr Wollenberg fragt, wie die Strategie aussehe, um diesen Verlust zu vermeiden. Frau Lauffer antwortet, dass man die Verkabelung jetzt auf den Weg bringen wolle. Die Brandschutzsanierung und strukturierte Verkabelung zeitgleich vorzunehmen, sei laut Herrn Richter auch technisch sinnvoll.

Herr Porath fragt zur Weidenhof-Grundschule (40), wie unter anderem der Sportunterricht während der Auslagerung geplant sei. Gebe es eventuell eine Kooperation mit der Wilhelm-von-Türk-Schule (42/44). Herr Richter antwortet, dass man die Containeranlage während der Bauzeit des Sportforums noch nicht stehen haben werde. Aktuell sei man in der Prüfung des Standortes dafür, d.h. noch ganz am Anfang und eine Aussage noch nicht möglich.

zu 4.4 Sachstand Remisenpark / Deponie

Herr Gessner führt aus, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport im Dezember 2021 zum Tagesordnungspunkt „Sportanlage Kirschallee“ die Verwaltung die Frage nach dem Stand des avisierten Werkstattverfahrens Remisenpark/Deponie Habichtweg erreichte.

Der Bedarf eines wettkampffähigen Großspielfeldes im Potsdamer Norden sei weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Sportentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Potsdam. Um alle Eventualitäten zu berücksichtigen, habe sich die Stadtverwaltung auf Anraten der ProPotsdam im Juli 2021 für eine Machbarkeitsstudie zum Standort „Remisenpark“ ausgesprochen. Das avisierte Werkstattverfahren werde vom Planungsbüro des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt federführend durchgeführt. Aufgrund der pandemiebedingten Personalabstellung an das Gesundheitsamt stehe die Aufgabenstellung der geplanten Machbarkeitsstudie noch vor ihrer finalen Abstimmung, sei aber in den letzten Zügen.

Das ergebnisoffene Werkstattverfahren solle im Anschluss nicht nur den Standort „Remisenpark“, sondern auch die Standorte „Lerchensteig“ und die „Deponie am Habichtweg“ berücksichtigen. Für Letztere werde ein entsprechend verbindliches Prüfverfahren benötigt. Die daraus resultierenden Ergebnisse sollen mit in das Verfahren integriert werden.

Aufgrund der oben genannten Planungen ergebe sich eine Zeitverzögerung im Durchführungsprozess des Werkstattverfahrens. Sobald das Ergebnis der Machbarkeitsstudie für den Standort „Remisenpark“ und die Prüfergebnisse durch den Eigentümer GESA der „Deponie am Habichtweg“ vorliege, werde die

Öffentlichkeit am Verfahren beteiligt.

Interessierten wird im Vorfeld bereits das Angebot unterbreitet, schriftlich Ideen, Anregungen und Bedenken einzureichen: per E-Mail an bereichsport@rathaus.potsdam.de oder per Post an Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Sport, Hegelallee 10, 14469 Potsdam.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Anfrage von Herrn Sima zum Anwahlverhalten und Steuerung bei ersten Klassen in Potsdam

Im Vorfeld der Sitzung erfolgte eine schriftliche Anfrage von Herrn Ronald Sima mit der Bitte um Beantwortung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 15.02.2022:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau stellvertretende Vorsitzende,

ich bitte Sie für die kommende Sitzung um Beantwortung der Frage, wie für das kommende Schuljahr das Anwahlverhalten bei den ersten Klassen ist, wie ggf. durch wen gesteuert wird und welcher Maßstab bei Entscheidungen eine Rolle spielt.

Wo gibt es eine Übernachfrage? Und wie wird diese kompensiert?

Wo werden geplante Kapazitäten nicht ausgeschöpft?

Drohen eventuell bei Überbelegungen Einschnitte bei der Realisierung des angegebenen Schulprofils? (z.B. Schule ist musikorientiert, aber ein spezieller Musikraum muss „normaler“ Klassenraum werden...)

Bitte leiten Sie ggf. die Frage an die Verwaltung bzw. das StSA weiter. Vielen Dank für Ihre Mühe.“

Frau Lauffer erläutert, dass die Anmeldung zum Schulaufnahmeverfahren an der für den Wohnort zuständigen Grundschule mit Benennung zweier Schulen, an denen das Kind aufgenommen werden soll, vom 07.02.2022 bis zum 18.02.2022 stattfindet. Bis zum 25.02.2022 erfolge die Aufforderung zur Schulanmeldung an die Eltern, die ihr Kind nicht angemeldet hätten mit einer Anmeldefrist von einer Woche. Frühestens zum Zeitpunkt der Regionalen Ausgleichskonferenzen, vom 26.04.2022 bis 02.05.2022, würden erste Daten zum Anwahlverhalten vorliegen. Bis dahin unterliege das Verfahren einer zu hohen Dynamik, um gesicherte Aussagen zu treffen. Insofern könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen über das Anwahlverhalten für das kommende Schuljahr treffen. Die weiteren Fragen von Herrn Sima könnten daher momentan nicht weiter beantwortet werden.

Herr Sima bittet darum, dass von der Verwaltung in der Ausschusssitzung im Mai eine erneute Info zum Verfahren erfolge.

zu 5.2 Sperrung der Sportanlagen im Volkspark

Die Fraktion DIE LINKE bittet im Vorfeld der Sitzung um eine Stellungnahme und

Diskussion im Ausschuss für Bildung und Sport.

Da der Betreiber des Volksparks, die Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH (ETBF), die Auflagen der 2. SARS-CoV-2-EindV § 18 vom 23.11.2021 nicht erfüllen konnte und eine Übertragung der Verpflichtung auf Dritte, wie unter 2. SARS-CoV-2-EindV § 18 (3) als Alternative akzeptiert, vor dem Hintergrund der öffentlichen Nutzung des Volksparks durch nichtorganisiert Sport treibende Bürger*innen und weitere Besucher*innen kein gangbarer Kompromiss gewesen sei, hatte sich der ETBF dazu entschlossen, die betreffenden Freisportanlagen zu sperren. Mittlerweile seien die Anlagen wieder für Individualsport geöffnet. Kontaktsport sei weiterhin zu vermeiden. Herr Gessner ergänzt, dass die Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis hierzu beim Entwicklungsträger und nicht bei der Landeshauptstadt Potsdam liege.

Herr Rühling fügt an, dass seine Fraktion sich dem annehmen werde, da man auch für die Zukunft verträgliche Voraussetzungen schaffen wolle.

Sonstiges

Herr Wollenberg informiert darüber, dass im letzten Hauptausschuss verkündet wurde, dass ein Planer für das **Strandbad Babelsberg** nun aus dem Wettbewerb hervorgegangen sei. In Rücksprache mit Frau Eltrop, Geschäftsführerin der Stadtwerke Potsdam GmbH, habe er verabredet, dass vor Einreichung des Bauantrages das Ergebnis des Planungsverfahrens im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt werde.

Weiterhin wird eine **gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport** für Juni 2022 geplant. Genauere Informationen folgen.

Das **Sitzungsformat** für die Märzsession könne erst nach der Stadtverordnetenversammlung am 02.03.2022 festgelegt werden.